



NIEDERSCHRIFT ÜBER DIE ÖFFENTLICHE SITZUNG DES HAUPT- UND KULTURAUSSCHUSSES

Sitzungsdatum: Dienstag, 17.01.2017
Beginn: 19:00 Uhr
Ende: 20:08 Uhr
Ort: Rathaus, Sitzungssaal

ANWESENHEITSLISTE

Vorsitzender

Pfann, Robert

Ausschussmitglieder

Bensch, Harald

Engelhardt, Mario

Freytag, Jutta

Hönig Markus

Vertretung für Herrn Harald Oberfichtner

Hutflesz, Wolfgang

Krebs, Jobst-Bernd

Kremer Jürgen

Vertretung für Herrn Peter Weidner

Schwarzmeier, Christina

Wystrach, Harald

Vertretung für Herrn Thomas Preutenborbeck

Schriftführer/in

Zachmann, Sabine

Verwaltung

Lösch, Peter

Städler, Frank Geschäftsleitender Beamter

Abwesende und entschuldigte Personen:

Ausschussmitglieder

Oberfichtner, Harald

Preutenborbeck, Thomas

Weidner, Peter

TAGESORDNUNG

Öffentliche Sitzung

- 1 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 06.12.2016
- 2 Beschluss über die Haushaltssatzung mit Haushalts-, Stellen- und Finanzplan für das Haushaltsjahr 2017 **2017/0435**
- 3 Annahme von Spenden **2017/0433**
- 4 Berichte der Verwaltung
- 5 Anfragen der Ausschussmitglieder

Erster Bürgermeister Robert Pfann eröffnet um 19:00 Uhr die Sitzung des Haupt- und Kulturausschusses. Er begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit des Haupt- und Kulturausschusses fest.

ÖFFENTLICHE SITZUNG

TOP 1 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 06.12.2016

Beschlossen Ja 10 Nein 0

TOP 2 Beschluss über die Haushaltssatzung mit Haushalts-, Stellen- und Finanzplan für das Haushaltsjahr 2017

Der Haushalt 2017 mit einer neuen Rekordsumme von über 17 Mio. € ist überwiegend geprägt von der beginnenden Schulsanierung. Ca. 2,7 Mio. € sollen im laufenden Jahr für die Schulsanierung ausgegeben werden. Um andere nötige Maßnahmen und damit auch die Genehmigung des Haushaltes nicht zu gefährden, soll diese Summe und auch die Ausgaben 2018 zu 100 % über Kredite finanziert werden. Für Ausgaben bei der Sanierung, welche nicht durch die staatliche Förderung gedeckt sind, können Kredite der Bayern LaBo mit langer Laufzeit und einem durch den Freistaat Bayern geförderten Zinssatz in Anspruch genommen werden. Um die Ausgaben zu finanzieren, welche später durch die staatliche Förderung refinanziert werden, muss auf Kommunalkredite auf dem freien Markt zurückgegriffen werden. Mit Zahlungen aus der staatlichen Förderung ist nicht vor 2018 zu rechnen.

Die Grundsteuern A und B sind kaum Schwankungen unterlegen, sowie auch die Hundesteuer. Anders sieht es bei der Gewerbesteuer aus, hier unterliegen wir Schwankungen, welche wir nicht beeinflussen können. Bei der Einkommensteuerbeteiligung, haben wir in den letzten Jahren eine kontinuierliche Steigerung verbuchen können. Innerhalb der letzten 5 Jahre um mehr als 1,2 Mio. € im Ansatz, = 35 %. Die Schlüsselzuweisung unterliegt wiederum großen Schwankungen und ist abhängig von der Steuerkraft der Gemeinde. Auf das Berechnungsblatt für die Steuerkraft des Marktes Schwanstetten für 2017 wird hingewiesen. Die Steuerkraft spiegelt die Leistungsfähigkeit der Kommune wieder. Vereinfacht ist zu sagen, dass das Realsteueraufkommen der Kommune in ein landeseinheitliches Verhältnis nivelliert und mit der durchschnittlichen landesweiten Steuerkraft verglichen wird. Im Ranking der Landkreisgemeinden belegen wir Rang 12.

Die Schlüsselzuweisung ist stark von der Steuerkraft abhängig. Umso höher die Steuerkraft, desto weniger Schlüsselzuweisung erhält die Kommune. Das Schaubild zeigt, welchen Schwankungen die Schlüsselzuweisungen unterlegen sind. Nachdem die Grundsteuer ziemlich gleichbleibt, ist der hauptsächliche Veränderungsfaktor die Gewerbesteuer. Grundsätzlich ist zu sagen, höhere Gewerbesteuer bedeutet auch eine höhere Gewerbesteuerumlage (immer ca. 25 % der Gewerbesteuereinnahme) und eine um zwei Jahre versetzte Erhöhung der Steuerkraft, was wiederum bedeutet, dass die Kommune im zweiten Jahr nach der Gewerbesteuermehreinnahme weniger Schlüsselzuweisung erhält. Nur wenn eine Kommune so viel Gewerbesteuer einnimmt, dass sie keine Schlüsselzuweisung mehr erhält, dann lässt sich von einer profitablen Gewerbesteuermehreinnahme reden, siehe z. B. Wendelstein. Aber auch hier sind die konjunkturellen Schwankungen nicht vorhersehbar.

Der Eigenanteil für die Betriebskostenzuschüsse an die KiTas beträgt aktuell 890.000 € mit steigender Tendenz. Weit mehr als die Hälfte was wir an Schlüsselzuweisung erhalten.

Die Personalkosten steigen im Ansatz um 72.500 €. Im Prinzip haben wir eine Senkung der Personalkosten, da in der Steigerung bereits die Lohnerhöhung bei den Beschäftigten um 1,2 % und eine pauschale Erhöhung um 3 % enthalten sind.

Freiwillige Leistungen schlagen sich auch 2017 in vielfältiger Weise und mit einem hohen finanziellen Aufwand im Haushalt nieder. Vom Angebot der Kirchweihen und Märkte, über die kostenlose Nutzung der Bücherei, der zum Teil kostenlosen Zurverfügungstellung von Kultur- und Sporteinrichtungen, über Hilfs- und Beratungsangebote, bis hin zu den Fördermöglichkeiten für Bürger und Vereine, ist für jeden etwas dabei. Z. B. liegt der Ansatz für die Bücherei bei ca. 70.000 €, für FERS bei 30.000 € und für die Vereinsförderung bei 140.000 €. Bei FERS wurde der Ansatz für die Förderung von Haushaltsgeräten und Umwälzpumpen aufgrund der hohen Nachfrage von 7.000 € auf 10.000 € erhöht.

Der Sachbedarf für EDV wird immer höher; dieser Prozess ist nicht mehr aufzuhalten. Vieles lässt sich nur noch digital erledigen, ohne passende Hard- und Software ist man verloren. In der Verwaltung nimmt das E-Government immer mehr an Fahrt auf, die Kommunen werden per Gesetz hierzu verpflichtet. Auch in der Schule (Verwaltung und Schüler) sowie im Bauhof und den Feuerwehren wird EDV immer wichtiger und unverzichtbar.

Die Vereinsförderung befindet sich auch im steigenden Trend. Seit dem Übungsleiter gleichmäßig bezuschusst werden, müssen wir mehr aufwenden. Zuerst sind die Aufwendungen zurückgegangen, da keine Defizite der KiTas mehr beantragt werden.

Auch die Verwaltungs- und Schuldendienstumlage an den Abwasserzweckverband steigt ständig, wobei die Schuldendiensthilfe stetig abnimmt. Der Zweckverband muss zwar aktuell keine Kredite aufnehmen, aber dafür beträgt die Verwaltungsumlage mittlerweile für 2017 380.000 €, was sich wiederum auch bei den örtlichen Kanalgebühren bemerkbar macht. Die Schmutzwassergebühr steigt von 1,26 €/m³ auf 1,44 €/m³.

Die größte Ausgabeposition im Verwaltungshaushalt ist die Kreisumlage, die für 2017 den zweithöchsten Stand der Geschichte des Marktes Schwanstetten erreicht. Nur 2015 mussten wir tiefer in Tasche greifen. Der Landkreis hat gegenüber 2016 den Hebesatz von 47,30 % nicht verändert, aber trotzdem haben wir eine Steigerung von 265.000 €. Verantwortlich hierfür sind zu einem die steigende Steuerkraft und zum anderen die höhere Einkommensteuerbeteiligung, denn für die Kreisumlage wird die Steuerkraft von vor 2 Jahren und 80 % der Einkommensteuerbeteiligung des letzten Jahres herangezogen.

Im Ansatz beträgt der Überschuss im Verwaltungshaushalt 1.102.900 €, der zur Deckung von Investitionsausgaben in den Vermögenshaushalt übertragen wird. Dennoch reicht dies hier nicht ganz aus, um die Finanzierung der Investitionen sicherzustellen. Aus den Rücklagen müssen deshalb noch 335.900 € entnommen werden, um den Haushaltsausgleich zu erreichen.

Im Vermögenshaushalt nehmen die in der Bearbeitung befindlichen Baugebiete ebenfalls einen großen Raum ein. Größere Investitionen im Bereich des abwehrenden Brandschutzes wurden zurückgestellt, bis erste Ergebnisse aus dem Arbeitskreis Feuerwehr vorliegen.

Somit ergibt sich ein ausgeglichener Verwaltungshaushalt in Einnahmen und Ausgaben mit 11.776.100 €

Bis Ende 2016 konnten wir unsere Schulden bis auf 645.000 € senken. Durch die Schulsanierung wird der Schuldenstand auf jeden Fall erheblich steigen. Rein rechnerisch anhand der Planzahlen wird der Schuldenstand zum Ende des Jahres 2017 auf 3.189.000 € ansteigen. Auch 2018 wird sich der Schuldenstand nochmals erhöhen. Wie weit, hängt auch immer davon ab, wann wir die Fördergelder der Regierung erhalten.

Daraus ergibt sich ein Vermögenshaushalt an Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 5.617.900 €.

BGM Pfann begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den anwesenden Bauhofleiter Herrn Grüttner.

Der Vorsitzende reflektiert noch einmal kurz den Vortrag des Kämmerers aus der Sondersitzung Haushalt vom 10.01.2017.

Er möchte wissen, ob das Zahlenwerk in den Fraktionen wie gebeten beraten wurde und ob noch offene Fragen zum Haushalt 2017 zu klären sind.

MGR Hutflesz möchte wissen, warum in der Haushaltsstelle 0.0600.6500 (Gutachter und Gerichtskosten) eine Erhöhung des Ansatzes auf 15.000 EUR erfolgt ist. Kämmerer Lösch erläutert, dass auf dieser Haushaltsstelle die Kosten für die vom Kommunalen Prüfungsverband durchgeführte überörtliche Rechnungsprüfung zu Buche schlagen. Die Hauptrechnung ist bereits eingegangen und lässt erkennen, dass der Ansatz nicht ausreichen wird, um die Gesamtrechnung zu decken. Diese wird über den greifenden Deckungsring ausgeglichen.

MGR Hönig wundert sich, warum die Kosten für die bei der Schulsanierung zur Auslagerung benötigten Container im Haushalt nur mit 377.000 EUR veranschlagt sind.

Kämmerer Lösch erklärt, dass diese Zahlen von den Berechnungen des Ingenieurbüros Scheunenstuhl übernommen wurden und ein Teilbetrag der Kosten für die Container zu Beginn der Maßnahme, ein weiterer nach Beendigung der Sanierung in 2018 zur Zahlung fällig wird.

MGR Hutflesz regt an, bezüglich eines geeigneten Standortes für den geplanten Defibrillator mit der Raiffeisenbank Leerstetten in Kontakt zu treten. Die Raiffeisenbank hätte im jederzeit zugänglichen SB Bereich die Möglichkeit einen Defibrillator zu günstigeren Konditionen anzubringen, da nicht das teurere Modell, das für Außenbereiche geeignet ist, gekauft werden müsse.

BGM Pfann nimmt diesen Vorschlag auf, hält aber den angedachten Platz am Kirchplatz in Leerstetten für geeigneter, da dieser zentraler liegt und die Besucher der Kirche, Kulturscheune und Gastronomie kürzere Wege hätten.

Geschäftsleiter Städler fügt an, dass dieser Betrag im Haushalt derzeit nur ein Platzhalter ist und der Standort für einen Defibrillator einen eigenen Punkt in einer Sitzung erhalten wird.

MGR Engelhardt bittet bei einer Anschaffung des Gerätes daran zu denken, dass auch der Elternbeirat der GS Schwanstetten für die Schule einen Defibrillator spenden möchte, so dass bei einer Mehrfachbestellung eventuell Preisvorteile genutzt werden können.

MGR Bengsch lehnt eine Erweiterung des Stellenplans um eine Vollzeitstelle für den Bauhof zur Grünanlagenpflege ab. Seiner Meinung nach ist die finanzielle Situation der Gemeinde nicht so rosig, dass die Arbeitgeberverantwortung für einen weiteren Beschäftigten gegeben ist. Er würde die Grünanlagenpflege an Fremdfirmen nach Bedarf vergeben.

Bevor das Gremium weiter über die vorgeschlagene Stelle im Bauhof diskutiert, bittet BGM Pfann Herrn Grüttner um seine Darstellung des Sachverhaltes.

Bauhofleiter Grüttner berichtet, dass 2011 noch 11,5 Arbeitskräfte beschäftigt waren, heute sind es nur noch neun. Das Bauhofpersonal hat sich fachlich qualifiziert und ist heute in der Lage neue und komplexere Arbeiten auszuführen. Zu den neuen Aufgaben gehören Straßenunterhalt und Ausbesserungen, die sich oft zeitaufwendig und komplex gestalten und auch die Pflege und der Unterhalt der Spielplätze gestaltet sich zeitintensiv, so dass es zu Engpässen in der

Grünanlagenpflege kommt. Die Neueinstellung ist angedacht um Frau Erlbacher kontinuierlich bei der Grünanlagenpflege zu unterstützen.

Herr Grüttner hat sich mit Kommunen im Landkreis kurzgeschlossen, um die dort gemachten Erfahrungen bei der Vergabe der Grünanlagenpflege an Fremdfirmen abzufragen.

Zwei Drittel der angefragten Kommunen haben die Fremdvergabe wieder zurück genommen, da es immer wieder zu Problemen mit den Firmen und den ausgeführten Arbeiten gekommen ist.

Problematisch zeigte sich bereits die Ausschreibung für die benötigten Leistungen, da nicht alle Arbeiten im Leistungskatalog aufgeführt wurden und die Bauhöfe so stets nacharbeiten oder reinigen mussten.

BGM Pfann bedankt sich bei Herrn Grüttner für seine Ausführungen.

MGR Bengsch sieht in der Haushaltssituation der Gemeinde momentan keine Möglichkeit für eine weitere Vollzeitstelle am Bauhof, da die so entstehenden Fixkosten auch in noch schlechteren Haushaltszeiten weiterhin bestehen würden und die Gemeindekasse belasten. Momentan ist es dem Markt Schwanstetten noch möglich, eine ordentliche Zuführung zum Vermögenshaushalt durchzuführen, in den kommenden Jahren könnte aber die Schaffung einer weiteren Vollzeitstelle die finanzielle Situation so belasten, dass auch Entlassungen durchgeführt werden müssten.

Des Weiteren erinnert er an vorangegangene Beratungen, in denen beschlossen wurde die Personalkosten zu senken, durch Schrumpfung und gleichzeitige Verjüngung der Mannschaft am Bauhof.

MGR Bengsch ist dafür, keine Neueinstellung und weitere Vollzeitstelle für den Bauhof im Stellenplan vorzusehen und die geplanten Personalkosten als Ansatz für die Beauftragung von Fremdfirmen anzusetzen.

BGM Pfann erläutert, dass die Gesamtpersonalstärke der Gemeinde bereits deutlich reduziert worden ist und trotz der geplanten Stelle für den Bauhof bis 2020 dreieinhalb Mitarbeiter weniger beschäftigt sein werden als noch in 2011.

MGR Kremer schlägt vor, anstelle der angedachten Vollzeitkraft nochmal einen Azubi im Bauhof einzustellen.

Herr Grüttner entgegnet, dass ein Azubi aufgrund Berufsschule und überbetrieblicher Fortbildung dem Bauhof gerade 50% der Ausbildungszeit zur Verfügung steht.

Geschäftsleiter Städler stellt klar, dass der Bauhof nur einen Straßenwärter ausbilden kann, der Bedarf aber in der Grünanlagenpflege besteht und dafür eine Hilfskraft in der Entgeltgruppe vier vorgesehen ist. Ein Straßenwärter hingegen wäre in der EG fünf einzugruppieren.

MGR Hutflesz erklärt für die CSU, dass die Fraktion die Sicht von MGR Bengsch teilt, da die Personalkosten seit 2012 stetig ansteigen, wenngleich auch nicht so drastisch wie ohne die bereits vollzogenen Reduzierungen des Personals. Die CSU spricht sich gegen eine neue Stelle im Bauhof aus, eine Notwendigkeit ist nicht erkennbar, da es den Mitarbeitern immer noch möglich ist, entstandene Überstunden abzufeiern und erkennbar keine Arbeiten liegen bleiben.

MGR Engelhardt meint, dass die hohe Qualität der angelegten Grünflächen nur durch genügend Personaleinsatz erhalten werden kann und sieht den Arbeitsanstieg. Daher befürworten die Grünen eine neue Stelle für die Grünanlagenpflege. MGR Engelhardt sieht in der Fremdvergabe zwar die Einsparungsmöglichkeiten, befürchtet aber Qualitätsverlust.

Kämmerer Lösch stellt zusammenfassend fest, dass es im Rat unumstritten ist, dass die Arbeiten ausgeführt werden müssen, gibt aber zu bedenken, dass für eine Fremdvergabe erst einmal ein umfassendes Leistungsverzeichnis zu erstellen ist.

Termine müssten weit im Voraus geplant werden, wobei viele Arbeiten aber vegetationsabhängig sind und kein Einfluss auf die Vegetation genommen werden kann, da die Wetterfaktoren entscheidend mitwirken. Er gibt zu bedenken, dass die Einsparung der Personalkosten nicht mit einer Einsparung im Haushalt gleichzusetzen sind, da die Firmenleistungen höher sind als ein Mitarbeiter am Bauhof, der zudem flexibel einsetzbar ist.

Kämmerer Lösch bezweifelt, dass die Gartenbaufirmen terminlich so flexibel reagieren können, wie dies in der Gemeinde gewünscht wird, da auch dort die Terminbücher gut gefüllt sind. Er betont, dass die Ablehnung der mit 43.000 EUR angesetzten neuen Stelle nicht mit einer Einsparung in der gleichen Höhe einhergeht.

MGR Bengsch gibt zu, dass es durchaus kostenintensiver sein kann, die Arbeiten zu vergeben, ihm ist jedoch mehr an der Arbeitgeberverantwortung gegenüber Angestellten gelegen, für die er jedoch momentan keine Garantie übernehmen kann.

Noch ist die Umsetzung des alten Stellenplans nicht abgeschlossen und nicht alle Altersteilzeiter sind in den Ruhestand verabschiedet, daher lehnt er momentan eine weitere Stelle ab.

BGM Pfann wendet sich mit der Frage an Herrn Grüttner, wie ein korrektes Leistungsverzeichnis, wie es für eine Ausschreibung benötigt wird, entsteht.

Herr Grüttner erklärt, dass zunächst die Flächen ermittelt und bewertet werden müssen. Dies kann entweder vergeben oder zeitintensiv selbst erstellt werden.

Der Bauhofleiter appelliert an das Gremium, sich die Erfahrungen der anderen Gemeinden und der Stadt Nürnberg, die nach schlechten Erfahrungen von einer Vergabe der Grünanlagenpflege absehen, zu Herzen zu nehmen und diese zu berücksichtigen.

MGR Kremer will wissen, ob in Stoßzeiten die anfallenden Arbeiten nicht von Leiharbeitern ausgeführt werden könnten.

Geschäftsleiter Städler erwidert, dass die Einarbeitung der Arbeiter sich als zeitintensiv erweisen kann und die Verpflichtung von Leiharbeitern, die oft unter unfairen Bedingungen arbeiten, nicht seiner Philosophie und der des öffentlichen Dienstes entsprechen. Er hat noch nie davon gehört, dass Kommunen Leiharbeiter eingesetzt haben.

MGR Hutflesz entgegnet, dass Leiharbeiter von Zeit zu Zeit der Übergang in ein festes Arbeitsverhältnis nach Beendigung der Leiharbeit gelingt und der Arbeiter vom Arbeitgeber übernommen wird.

BGM Pfann stellt ebenso den sozialen Aspekt in Frage und hält den Einsatz von Leiharbeitern nicht für eine adäquate Lösung.

Kämmer Lösch bittet darum, explizit im Protokoll zu vermerken, falls die Stelle nicht genehmigt wird, werden die angesetzten 43.000 EUR aus den Personalkosten der Haushaltsstelle 0.8891.6300 (sonst. Grundvermögen, Grünanlagen, Festplätze) zugeschrieben.

Der Vorsitzende lässt das Gremium über die Stellenmehrung im Stellenplan abstimmen.

Beschlossen: Ja 4 Nein 6

Gegenstimmen: MGRin Freytag, MGR Kremer, Bengsch, Hönig, Hutflesz, Wystrach

Beschluss:

1.) Der Marktgemeinderat beschließt die Haushaltssatzung 2017 mit allen Anlagen in der vorgelegten Form.

Im Stellenplan soll die vorgesehene Stellenmehrung im Bauhof um eine Vollzeitstelle in E4 nicht berücksichtigt werden.

Die dadurch zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bei den Personalkosten über ca. EUR 43.000 sollen der Haushaltsstelle 0.8891.6300 (sonst. Grundvermögen, Grünanlagen, Festplätze) zugeführt werden.

Ja 10 Nein 0

2.) Der Marktgemeinderat beschließt den Finanzplan 2018 – 2020 einschließlich Investitionsprogramm gem. Art. 70 der Gemeindeordnung (GO) und § 24 KommHV in der vorgelegten Form.

Ja 10 Nein 0

TOP 3 Annahme von Spenden

Seit dem letzten Beschluss über die Annahme von Spenden sind weitere Spenden eingegangen, welche eines Beschlusses bedürfen. Nach der Empfehlung des Innenministeriums ist die Annahme aller Spenden vom Marktgemeinderat oder Ausschuss zu beschließen. Spender, Höhe der Spende und Verwendungszweck kann der nachfolgenden Liste entnommen werden.

| Eingang | Betrag | Spender | Verw.-Zweck |
|----------------|---------------|--------------------------------|--------------------|
| 13.12.2016 | 200,00 EUR | Möckel Martin Schwanstetten | Asylbewerber |
| 28.12.2016 | 50,00 EUR | Baum Gerda Schwanstetten | Asylbewerber |

Die Annahme dieser Spenden kann empfohlen werden, weil keinerlei Anhaltspunkte erkennbar sind, welche die Gemeinde in ihrer Aufgabenwahrnehmung beeinflussen könnte.

Beschluss:

Der Haupt- und Kulturausschuss beschließt, die Spenden von 250,00 EUR für die Asylbewerber anzunehmen.

Beschlossen Ja 10 Nein 0

TOP 4 Berichte der Verwaltung

BGM Pfann informiert die Mitglieder des Gremiums, dass für den Jugendtreff eine Übergangslösung während der Umbauphase der Schule gefunden werden konnte.

Die ev. Kirche Schwand hat sich bereit erklärt, dass der Jugendtreff während der Sanierung den Jugendraum im Untergeschoß der KiTa „Regenbogen“ am Lohweg nutzen kann. Es sind noch einige Details zu klären.

In der Alten Straße vor der Schule wurden am 11.01.2017 in der Zeit von 8:22 Uhr und 12:22 Uhr Geschwindigkeitsmessungen durchgeführt. Die Geschwindigkeitsbeschränkung liegt dort bei 30 km/h.

Gemessen wurden 125 aus Süden kommende Fahrzeuge, davon führte eine zur Anzeige und 5 zu Verwarnungen. Die gemessene Höchstgeschwindigkeit lag bei 56 km/h.
Aus Norden kommend wurden 122 Messungen durchgeführt, davon wurden zwei zur Anzeige gebracht und fünf Fahrer verwarnt. Die Höchstgeschwindigkeit lag hier bei 57 km/h.
Zur Anzeige gebracht werden Geschwindigkeitsüberschreitungen von 21 km/h nach Abzug einer Messtoleranz von 3 km/h.

Der Vorsitzende lädt die Anwesenden zum Vortragsabend des Vereins eMPORIUM am Donnerstag 19.01.2017 in der Kulturscheune ein.
Zwei Referenten vom Verein ufuq werden zum Thema Islam und dabei unter anderem zur Jugend- und Flüchtlingsarbeit sowie Prävention berichten.

BGM Pfann gibt an die Gemeinderäte die Einladung der Initiative „Bürger gestalten Schwand“ weiter, die am Mittwoch 25.01.2017 um 19 Uhr in den Bürger Stub'n eine Infoveranstaltung betreffend das Wochenendgebiet abhalten.

TOP 5 Anfragen der Ausschussmitglieder

MGR Hutflesz möchte wissen, ob es für die Vereine, die die Schulturnhalle nutzen bereits ähnliche Lösungen, während der Umbauphase der Schule, wie die für den Jugendtreff gibt.

BGM Pfann erwidert, dass die Kulturamtsleiterin Weidner bereits nach Alternativen sucht und diese mit den Vereinen am 24.01.2017 besprochen werden.

MGR Engelhardt erkundigt sich nach der Ursache für den Wasserschaden im Kindergarten Sonnenschein in Leerstetten. BGM Pfann erklärt, dass dort eine Begleitheizung nicht funktioniert hat, weil ein Regelement defekt war und dadurch ein Heizungsrohr aufgefroren ist. Es handelt sich um einen Versicherungsschaden, der bereits durch einen Sachverständigen begutachtet wurde. Der Wasserschaden wird derzeit durch die Firma Ritzer getrocknet. MGR Engelhardt fragt nach Überwachungsmöglichkeiten, um solche Schäden künftig vermeiden zu können.

MGR Kremer erklärt, dass der Schaden durch ein elektrisches Teil verursacht wurde, das jederzeit auch unter regelmäßiger Kontrolle einen Defekt erleiden kann.

BGM Pfann sichert zu, dass sich das Liegenschaftsamt um den Schaden und mögliche Vermeidungsmöglichkeiten kümmern wird.

MGR Hutflesz erkundigt sich nach dem Stand der Interneterschließung für das Gewerbegebiet.

Geschäftsleiter Städler hat heute am 17.01. einen Anruf von der Telekom erhalten, in dem ihm die Ausführung der Arbeiten für den eigenwirtschaftlichen Ausbau in 2017 zugesagt wurde. Weitere Gespräche werden folgen und das Gremium wird darüber informiert.

Mit Dank für die konstruktive Mitarbeit schließt Erster Bürgermeister Robert Pfann um 20:08 Uhr die öffentliche Sitzung des Haupt- und Kulturausschusses.

Robert Pfann
Erster Bürgermeister

Sabine Zachmann
Schriftführer/in